

ALLGEMEINES

Gendergerechte Arbeitsteilung. Im Oktober 2016 fand in Luxemburg unter dem Titel „Who cares? Who shares? Männer als Akteure und Adressaten in der Gleichstellungspolitik“ die dritte Internationale Männerkonferenz statt. Diskutiert wurde die Frage, welche politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden können, um die Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern gerechter aufzuteilen und hierdurch die Erwerbsbeteiligung der Frauen zu erhöhen. Dabei ging es im Einzelnen um die Rolle von Männern in den Care-Berufen, der Freiwilligenarbeit, der Kinderbetreuung, der Haushaltsarbeit und der Pflege. Im Sinne der im Vertrag von Lissabon festgelegten Geschlechtergleichstellung bedürfe es einer gezielten Förderung des väterlichen Engagements, einer Motivierung von Jungen zur geschlechtsuntypischen Berufswahl und gendersensibler Herangehensweisen in der Berufsberatung und der Pädagogik. Konkrete Konzepte sollen auf der nächsten internationalen Männerkonferenz vorgelegt werden, die im Jahr 2018 in Stockholm stattfinden wird. Siehe auch die Internetseite <http://tinyurl.com/maennerkongress>. *Quelle: imp|se für Gesundheitsförderung Nr. 94, März 2017*

BGW-Website zur Inklusion. Als Hilfestellung für Menschen mit Behinderung und deren Umfeld hat die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) ihre Homepage um die unter der Internetanschrift www.bgw-online.de/inklusion zu findende Seite „Inklusion“ erweitert. Die neue Rubrik stellt Angebote der BGW für Betriebe wie beispielsweise zur Förderung der Mobilitätskompetenz vor. Zudem stehen hier Informationen zur UN-Behindertenrechtskonvention und zu Aktionsplänen der Bundesregierung sowie der gesetzlichen Unfallversicherung. Weitergehende Recherchen werden durch eine Reihe themenspezifischer Veröffentlichungen und Internet-Links erleichtert. *Quelle: BGWmitteilungen 2.2017*

Sozialer Menschenrechtspreis 2017. Einzelpersonen, Vereine, Projekte, Organisationen und Unternehmen, die sich für die sozialen Menschenrechte einsetzen, können sich dieses Jahr wieder bei der Berliner Eberhard-Schultz-Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation um den Sozialen Menschenrechtspreis bewerben. Kriterien für die Auszeichnung sind nachweisbare Aktivitäten zur Verwirklichung der im UN-Sozialpakt verankerten sozialen Menschenrechte in Deutschland, der EU und der Türkei. Hierzu gehören der Anspruch auf Gleichberechtigung, medizinische Versorgung, Bildung, kulturelle Teilhabe, Arbeit, soziale Sicherheit und Wohnung. Bewerbungen und Vorschläge für den mit 5 000 Euro dotierten Preis werden bis zum 8.9.2017 unter der Internetanschrift www.sozialemenschenrechtsstiftung.org entgegengenommen. *Quelle: Mitteilung der Eberhard-Schultz-Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation vom 4.5.2017*

YouTube-Sender von und für Menschen mit einer Demenz. Als Sprachrohr für Menschen mit einer Demenz ging im März dieses Jahres der YouTube-Sender KuKu-TV an den Start. Das gemeinsam von Erkrankten, Künstlerinnen, Künstlern und der gemeinnützigen Organisation Demenz Support Stuttgart konzipierte Angebot umfasst Sendungen zu rechtlichen Fragen sowie Reportagen, Interviews und Porträts mit Themen aus den Bereichen Kunst, Kultur, Teilhabe und Sport. Im Vordergrund der Beiträge steht die Perspektive von Menschen, die selbst von einer kognitiven Beeinträchtigung betroffen sind. Mitwirken können alle, die daran interessiert sind, die gesellschaftliche Partizipation behinderter Menschen voranzubringen, besondere Fachkenntnisse werden nicht vorausgesetzt. Für Beratung und Begleitung steht die E-Mail-Anschrift kukuk-tv@demenz-support.de zur Verfügung. *Quelle: Pressemitteilung der Demenz Support Stuttgart gGmbH vom 23.3.2017*

SOZIALES

Infoblätter Schuldnerberatung. Zu wichtigen Fragen aus dem Bereich der Schuldnerberatung haben die Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung Hessen und die Initiative Schuldnerberatung Hessen mehrere Informationsblätter erstellt, die sich mit der Wohnungssicherung, der Sach- und Einkommenspfändung, dem Verbraucherinsolvenzverfahren und dem Recht auf ein Basiskonto beschäftigen. Die Arbeitshilfen sind unter anderem in den Sprachen Arabisch, Bulgarisch und Russisch auf der Internetseite www.schuldnerberatung-hessen.de verfügbar. *Quelle: BtPrax-Newsletter 05/2017*

Präventionsprogramm für gutes Sehen. Da viele in Pflegeeinrichtungen lebende ältere Menschen an einer Sehbeeinträchtigung leiden, hat die Blindeninstitutsstiftung Würzburg das kostenlose Programm „Gutes Sehen“ auf den Weg gebracht. Das Programm zielt darauf ab, die Prävention von Sehschädigungen zu stärken und Barrieren im Alltag der Betroffenen abzubauen. Im Angebot enthalten sind eine Überprüfung der Sehkraft, eine Erprobung von Sehhilfen und weiteren Hilfsmitteln, eine Beratung bei Orientierung und Mobilität sowie eine Weitervermittlung an augenmedizinische und augenoptische Fachkräfte. Zudem werden die Pflegeheime im Hinblick auf die Schaffung einer sehgerechten Ausstattung unterstützt. Weitere Informationen stehen unter www.blindeninstitut-de/gutes-sehen im Internet. *Quelle: Sichtweisen 4.2017*

Rentenanspruch für Erziehungszeiten außerhalb der EU. Laut einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 6.3.2017 sind Kindererziehungszeiten außerhalb der EU für die Bemessung von Rentenzahlungen in Deutschland nicht relevant. Geklagt hatte eine Mutter, die im Zeitraum von 1968 bis 1973 in Kanada lebte, wo auch ihr Sohn zur Welt kam. Im Januar 2015

beantragte sie beim deutschen Rentenversicherungsträger erfolglos die Anrechnung ihrer Erziehungsleistung im Ausland. Ihrer Beschwerde wurde nicht stattgegeben mit der Begründung, dass auf die Anrechnung von Erziehungszeiten in einem Drittstaat außerhalb der EU kein verfassungsrechtlicher Anspruch bestehe. *Quelle: Stimme der Familie 1.2017*

Design inklusiver Print- und Bildschirmmedien.

Da die Bedürfnisse von Menschen mit Seheinschränkungen bei der Erstellung von Printprodukten und Webseiten nur selten berücksichtigt werden, hat der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV) das Projekt „Inklusives Design“ gestartet, in dessen Rahmen Kommunikationsdesignerinnen und -designer, Sachverständige für Barrierefreiheit und Betroffene verschiedener Augenkrankungen typografische Empfehlungen entwickelten, die auf der Plattform www.leserlich.info eingesehen werden können. Besonders hilfreich sind ein Schriftgrößenrechner und ein Kontrastrechner für eine zielgruppen-gerechte Anpassung von Maßen und Farbwerten. Der DBSV geht davon aus, dass die Zahl von derzeit rund 1,2 Mio. sehbehinderten Menschen in Deutschland in den kommenden Jahren weiter ansteigen wird. *Quelle: Pressemitteilung des DBSV vom 19.4.2017*

Vertragsgestaltung in Wohn-Pflege-Gemeinschaften.

Auf einer Veranstaltung am 11. Mai in Mainz informierten die Landesberatungsstelle Neues Wohnen und die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz über Möglichkeiten der Vertragsgestaltung in der zunehmend nachgefragten Wohnform der Wohn-Pflege-Gemeinschaften. Im Blickfeld standen das Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe sowie unterschiedliche Vertragstypen wie Mietverträge, Verträge über Betreuungs- und Unterstützungsleistungen, Pflegeverträge und Vereinbarungen der Bewohnerinnen und Bewohner untereinander. Wer hierzu Rückfragen hat, kann sich an die Rufnummer 061 31/28 48-41 (montags bis freitags von 10 bis 13 Uhr und donnerstags zusätzlich von 14 bis 17 Uhr) wenden. Ein ausführlicher Leitfaden für die Vertragsgestaltung steht unter www.wohnen-wie-ich-will.rlp.de (Unsere Themen/Wohnen) im Internet. *Quelle: Mitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz vom 12.5.2017*

GESUNDHEIT

Broschüre zu Demenzerkrankungen. Wer sich über mögliche Auswirkungen einer Demenzerkrankung informieren möchte, findet in der Broschüre „Die Alzheimer-Krankheit und andere Demenzen“ der Alzheimer Forschung Initiative e.V. umfassende Erläuterungen. Beschrieben werden neben der Alzheimer-Erkrankung die vaskuläre Demenz, die Lewy-Körperchen-Demenz, die frontotemporale Demenz und die Demenz bei Parkinson. Der kostenlose Ratgeber erklärt den Unterschied zur

altersbedingten Vergesslichkeit sowie Risikofaktoren, Symptome, Krankheitsverlauf und Therapie der unterschiedlichen Krankheitsbilder. Bestellungen werden entgegengenommen unter der Anschrift Alzheimer Forschung Initiative e.V., Kreuzstraße 34, 40210 Düsseldorf, Tel.: 02 11/862 06 60, E-Mail: info@alzheimer-forschung.de. *Quelle: VdK Zeitung vom Mai 2017*

Unerwünschte Nebenwirkungen. Um Ansätze zur Vermeidung von Medikationsfehlern zu entwickeln, führt die Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft (AkdÄ) seit Januar 2015 ein vom Bundesgesundheitsministerium gefördertes Pilotprojekt zur Erfassung und Bewertung unerwünschter Arzneimittelnebenwirkungen durch. Gemeldet werden sollten Fälle, bei denen ein Verdacht auf eine kritische Reaktion besteht, wofür ein zeitlicher Zusammenhang ausreichend sei. Wie die Kassenärztliche Bundesvereinigung registrierte, hat sich die Anzahl der Spontanmeldungen von 2 200 im Jahr 2004 auf knapp 4 000 im Jahr 2016 erhöht, was unter anderem darauf zurückzuführen sei, dass die Ärztinnen und Ärzte einen Auszug aus einer Datenbank erhielten, der ihnen zeige, wie sich ihre Meldung im Kontext verhalte, und dass Kolleginnen oder Kollegen möglicherweise ähnliche Erfahrungen mit einem Medikament gemacht haben. Der Berichtsbogen ist auf der Seite www.akdae.de/Arzneimittelsicherheit/UAW-Meldung/index.html im Internet einsehbar und kann online ausgefüllt oder per E-Mail, Fax oder Post an die AkdÄ geschickt werden. *Quelle: Berliner Ärzteblatt 3-4/2017*

Vorsorge für Unfall, Krankheit, Alter durch Vollmacht, Betreuungsverfügung, Patientenverfügung.

Hrsg. Bayerisches Staatsministerium der Justiz. Verlag C.H.Beck. München 2017, 46 S., EUR 5,50 *DZI-E-1734*

Wer für das mögliche Eintreten eines Unfalls, einer schweren Krankheit oder einer altersbedingten Pflegebedürftigkeit Vorsorge treffen möchte, kann seine Wünsche in Form einer Vollmacht, einer Betreuungsverfügung oder einer Patientenverfügung festhalten. In dieser Broschüre werden grundlegende Fragen zu diesen Willenserklärungen sowie teils auch mögliche Formulierungen erläutert und die entsprechenden Formulare vorgestellt. Außerdem enthält das Informationsheft wichtige Links, Anmerkungen zu den eingehafteten Dokumenten und zu deren elektronischer Version sowie eine Notfallkarte mit Platz für eigene Notizen bezüglich der zu ergreifenden Schritte in einem Ernstfall. Bestellschrift: Verlag C.H.Beck, Postfach 40 03 40, 80703 München, Tel.: 089/381 89-0, Internet: www.beck.de

Gesundheitsakten für Geflüchtete. Das im Februar 2016 von der Abteilung für Migration und Gesundheit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) ins Leben gerufene Projekt RE-HEALTH (für „refugees' health“) präsentierte zum Ende seiner Pilotphase am

15. Mai dieses Jahres auf einer Abschlusskonferenz in Brüssel erste Ergebnisse. Die Initiative befasst sich damit, geflüchteten Menschen sowie anderen Migrantinnen und Migranten einen Zugang zu einer adäquaten Gesundheitsversorgung zu eröffnen. Besonderes Augenmerk legt die IOM darauf, die Nutzung der persönlichen Gesundheitsakte auszuweiten, ärztliche Untersuchungen und Präventionsmaßnahmen zu implementieren und die zunächst in der Elektronischen Gesundheitsakte gesammelten Daten zentral zu speichern, so dass sie sowohl in Transitstaaten als auch in den Zielländern abrufbar sind. Die auf der Konferenz vorgestellten Erkenntnisse bezogen sich vor allem auf den Aufbau entsprechender Strukturen in Kroatien, Griechenland, Italien und Slowenien. Für die Fortsetzung der Anstrengungen ist eine weitere Förderung durch das EU-Gesundheitsprogramm vorgesehen. *Quelle: Newsletter der Europäischen Kommission, Abteilung Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, vom 16.5.2017*

Positionspapier zum Gesundheitssystem. Mit ihrem Positionspapier „PATIENT FIRST! Für eine patientengerechte sektorenübergreifende Versorgung im deutschen Gesundheitswesen“ legt die Friedrich-Ebert-Stiftung konkrete Vorschläge für die Weiterentwicklung des Gesundheitssystems vor. Im Einzelnen bedürfte es einer Vereinheitlichung der Planungsstrukturen, der Vergütungssystematik sowie der Qualitätssicherung, eines standardisierten Datentransports inklusive der elektronischen Patientenakte und einer professionellen Koordinierung zwischen den Sektoren der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung. Die Publikation kann im Internet unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/13280.pdf> abgerufen werden. *Quelle: Mitteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 4.4.2017*

JUGEND UND FAMILIE

Kindergeld maximal sechs Monate rückwirkend. Gemäß einem im April dieses Jahres gefassten Beschluss des Bundestages soll das Kindergeld in Zukunft nicht mehr für mehrere Jahre rückwirkend gezahlt werden können. Damit wird die zuvor nach Paragraph 169 der Abgabenordnung festgesetzte Frist von vier Jahren außer Kraft gesetzt. Zur Begründung hieß es, die Kindergeldzahlung solle im laufenden Kalenderjahr die steuerliche Freistellung des Existenzminimums sichern, wofür eine mehrjährige Rückwirkung nicht erforderlich sei. Bei der Beantragung des Kindergeldes ist es wichtig, der Familienkasse die Steueridentifikationsnummer des Kindes mitteilen, da sonst die Zahlung verweigert wird. *Quelle: Das Parlament vom 2.5.2017*

Versorgungskonzepte für psychisch kranke Kinder. Nach Erkenntnissen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) weisen zirka 20 % der Kinder und Jugendlichen psychische Auffälligkeiten auf und 10 % sind von

psychischen Krankheiten betroffen. Beobachten ließen sich vor allem Angststörungen, Depressionen, Aufmerksamkeitsstörungen und Störungen im Sozialverhalten sowie psychosomatische Krankheitsbilder. Um dieser Problematik entgegenzuwirken, hat die KBV ein Versorgungskonzept erarbeitet, das Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern einen rechtzeitigen Zugang zu einer koordinierten Begleitung ermöglichen soll. Anvisiert werden Ziele wie beispielsweise die Erhöhung der Lebensqualität, die Vermeidung von Chronifizierungen, eine verbesserte Eingliederung in das soziale Umfeld und Kooperationsangebote im Bereich der Jugendhilfe, der Schule und anderen pädagogischen Einrichtungen. Näheres hierzu steht auf der Website www.kbv.de/html/27084.php. *Quelle: klartext 1.2017*

BAER-Elternkurs. Kurshandbuch für Elternmentor/innen. Ein Kooperationsprojekt der Bundesakademie für Kirche und Diakonie (bakd) und des Evangelischen Erziehungsverbandes (EREV). Von Bernhard Vetter. SchöneworthVerlag. Dähre 2017, 144 S., EUR 12,- *DZI-E-1729*

Um Eltern, die im Rahmen der Erziehungshilfe Unterstützung erhalten, zu begleiten, hat die Bundesakademie Kirche und Diakonie in Kooperation mit dem Evangelischen Erziehungsverband EREV den auf einer christlichen Wertebasis fundierten BAER-Elternkurs konzipiert. Kursleiterinnen und Kursleiter finden in diesem Ratgeber einen didaktischen Rahmen, theoretische Hintergründe sowie Methoden und Materialien zur Umsetzung des an die Prinzipien der Ressourcenorientierung, der Lebensweltorientierung und der Sozialraumorientierung angelehnten Konzepts. In dem aus elf Modulen bestehenden Curriculum geht es um die Entwicklung und Erziehung, das Erschließen von Kraftquellen, das Wahrnehmen eigener Rechte und die Kommunikation. Im Blickfeld stehen zudem die Konfliktbewältigung, die Freizeitgestaltung und die Auseinandersetzung mit der eigenen Elternrolle und den Rollenerwartungen anderer. Literatur- und Medienempfehlungen vermitteln weitergehende Impulse.

Wohnungslosigkeit junger Menschen. Laut einer aktuellen Studie des Deutschen Jugendinstitutes sind in Deutschland rund 37 000 junge Menschen in der Altersgruppe der bis zu 26-Jährigen ohne festen Wohnsitz und kommen teilweise als sogenannte „Sofa-Hopper“ vorübergehend bei Freunden, Bekannten oder in Notunterkünften unter. Zirka 20 % von ihnen seien minderjährig. Bei einem Großteil der Betroffenen handelt es sich nach Beobachtungen der Off Road Kids Stiftung um ehemalige Heimkinder, denen der Sprung in ein geregeltes Leben aufgrund der häufig zu früh abgebrochenen Betreuung missglückt sei. Um dem Missstand entgegenzuwirken, werden eine verlässliche finanzielle Ausstattung der Jugendämter und eine Eindämmung der Sparmaßnahmen in den Kommunen empfohlen. *Quelle: Kinderschutz Aktuell 2.2017*

Kinderschutzambulanzen in Berlin. Um auf Risiken einer Kindeswohlgefährdung frühzeitig und effektiv reagieren zu können, wurden vor einem Jahr in Berlin fünf interdisziplinäre Kinderschutzambulanzen eingerichtet. Diese sind an Kliniken in Mitte, Neukölln, Buch, Charlottenburg und Tempelhof angeschlossen und kooperieren mit der schon länger bestehenden Gewaltschutzambulanz der Charité, die von April 2016 bis April 2017 in 87 Fällen hinzugezogen worden sei. Insgesamt habe man 366 Vorgänge untersucht, wobei häufig ein Verdacht auf körperliche Misshandlung (52 %), sexualisierte Gewalt (18 %) oder Vernachlässigung vorlag, der in 29 % der Fälle bestätigt werden konnte. Etwas mehr als die Hälfte der Überweisungen erfolgte durch die Jugendämter, etwa ein Fünftel durch die Kliniken selbst und 11 % durch niedergelassene Ärztinnen oder Ärzte. Während der Aufbauphase entstanden ein Leitfaden zur multiprofessionellen Zusammenarbeit und ein Informationsblatt für Eltern in 13 Sprachen. *Quelle: Pressemitteilung des Landes Berlin vom 15.5.2017*

Juleica Praxisbuch B. Beteiligung in der Jugendarbeit. Hrsg. Landesjugendring Niedersachsen e.V. Selbstverlag. Hannover 2016, 96 S., EUR 2,- *DZI-E-1731* Mit den seit dem Jahr 2004 in loser Reihe erscheinenden Praxisbüchern erhalten Jugendleiterinnen und Jugendleiter Tipps und Anregungen zu konkreten Tätigkeitsfeldern und Themen ihrer Arbeit mit jungen Menschen. Diese aktuelle Ausgabe beantwortet Fragen im Hinblick auf die Partizipation von Kindern und Jugendlichen und bietet Ausführungen zu den Begrifflichkeiten, zu den Voraussetzungen für eine gelungene Beteiligung und zu den Möglichkeiten der Mitbestimmung im Kontext von Jugendverbänden. Darüber hinaus finden sich hier Anmerkungen zur Interessenvertretung junger Menschen bei politischen Fragen und Entscheidungsprozessen und zu den Erscheinungsformen von Einbindung im Handlungsfeld der Jugendarbeit. Methodenhinweise und Fallbeispiele erleichtern die Umsetzung in die Praxis. Bestellanschrift: Landesjugendring Niedersachsen e.V., Zeißstraße 13, 30519 Hannover, Tel.: 05 11/519 45 10, Internet: www.ljr.de

Online-Tool für Jugendeinrichtungen. Seit Mitte Mai 2017 bis Ende Mai 2018 stellt das Deutsche Jugendinstitut (DJI) Heimen, Schulen und anderen Einrichtungen das kostenfreie Online-Tool „Du bist gefragt“ zur Verfügung, das die Möglichkeit bietet, bei Jugendlichen abzufragen, wie diese die vorhandenen Maßnahmen zum Schutz vor sexueller Gewalt beurteilen. Die anonym durchgeführte Erhebung richtet sich an die Altersgruppe der 14- bis 18-Jährigen und kann am PC, über Smartphone oder Tablet erfolgen. Im Anschluss an die Auswertung werden den teilnehmenden Institutionen die Ergebnisse in Form von Grafiken und Tabellen bereitgestellt. Das Angebot ist Teil des Projekts „Monitoring zum Stand der Prävention sexualisierter Gewalt an Kindern

und Jugendlichen in Deutschland 2015-2018“, das dem DJI vom Unabhängigen Beauftragten im Jahr 2014 anvertraut wurde. Wer sich für eine Teilnahme interessiert, kann das Evaluations-Tool unter <http://fragen-an-dich.de> im Internet aufrufen. *Quelle: Mitteilung des DJI vom 15.5.2017*

Jugendinitiative gegen Extremismus. Als Reaktion auf das Erstarken extremistisch motivierter Gewaltbereitschaft hat die Europäische Union im April 2016 gemeinsam mit der Kofi-Annan-Stiftung und der Plattform „One Young World“ die Jugendinitiative „Extremely Together“ gegründet. Auf dem Plan steht die Entwicklung einer globalen Bewegung, in deren Rahmen junge Erwachsene andere junge Erwachsene von einer Radikalisierung abhalten. Zehn junge Expertinnen und Experten haben bei einem Treffen in Brüssel einen englischsprachigen Leitfaden entwickelt, der aufzeigt, wie entsprechende Fehlentwicklungen lokal und grenzüberschreitend bekämpft und präventiv verhindert werden können. Die auch in filmischer Version vorliegende Publikation mit dem Titel „Countering Violent Extremism: A Guide for Young People by Young People“ steht unter der Anschrift www.kofiananfoundation.org/promoting-youth-leadership/cve-guide (Link: digital report) im Internet bereit. *Quelle: Pressemitteilung der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland vom 28.3.2017*

AUSBILDUNG UND BERUF

Arbeitshilfe zur Partizipation. Mit der Intention, die Partizipation von Personen mit einer kognitiven oder psychischen Beeinträchtigung zu verbessern, startete der Bundesverband evangelische Behindertenhilfe in Kooperation mit dem Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft im Herbst 2016 das fünfjährige Projekt „Hier bestimme ich mit – Ein Index für Partizipation“. Unter Mitwirkung von Betroffenen soll eine Arbeitshilfe für die Zielgruppe der behinderten Menschen entstehen. Darüber hinaus wird der Fragenkatalog „Index für Partizipation“ für Fachkräfte erstellt, dessen Ansätze im Verlauf des Projekts bei der Gemeinde Leben gGmbH in Düsseldorf, der Stiftung Bodelschwingh-Haus in Wolmirstedt und der eva Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V. erprobt werden. Im Anschluss an die Initiative sind drei Schulungen geplant. Weiteres im Internet unter www.beb-ev.de (Link: Projekte und Aktionen). *Quelle: Das Band 1.2017*

Weiterbildung in Gerontologie. Studienabsolvierenden mit einem einschlägigen Bachelorabschluss, gerontologischen Fachkräften mit einer zweijährigen Berufserfahrung inklusive einer sechsmonatigen Erfahrung in einer Multiplikatoren- beziehungsweise Beratungs- oder Leitungsfunktion und Anwärterinnen und Anwärtern mit einer vergleichbaren Qualifikation bietet die Katholische Stiftungsfachhochschule München (KSFH) von Oktober 2017 bis Februar 2019 die mit 30 Credit Points akkredi-

tierte wissenschaftliche Weiterbildung „Angewandte Gerontologie – Schwerpunkt Gesundheit, Case Management und Planung (CAS)“. Die Lehrveranstaltungen finden an zwölf Wochenenden jeweils von Donnerstag bis Samstag überwiegend am Hochschulstandort Benediktbeuern statt. Im Rahmen von vier Modulen wird die Fähigkeit vermittelt, innovative und auf Prävention und Partizipation ausgerichtete Ansätze zu entwickeln, neue Angebote in der Altenhilfe zu etablieren und deren gesellschaftlichen Nutzen zu evaluieren. Bewerbungen werden noch bis zum 15. September 2017 entgegengenommen. Alles Weitere steht auf der Homepage der KSFH unter www.ksfh.de (Weiterbildung). *Quelle: Pressemitteilung der KSFH vom 23.5.2017*

Jahrestagung der DGSA. Zum Thema „Demokratie und Soziale Arbeit“ findet in Hamburg am 27. und 28.4.2018 die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) statt, auf der vor allem Belange der Partizipation, der Solidarität und der bürgerschaftlichen Identifikation in einer pluralen Gesellschaft diskutiert werden sollen. Die DGSA ruft dazu auf, Vorschläge für Panels, Einzelbeiträge und Posterpräsentationen einzureichen. Willkommen sind Konzepte zur Funktion der Sozialen Arbeit in Hinsicht auf den Rechtspopulismus, zur Verknüpfung der Profession mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement und zu der Frage, wie eine mögliche Umverteilung mit der Idee der Teilhabe zusammengedacht und in fachlichen Interventionen adressiert werden kann. Einzelheiten stehen im Internet unter www.dgsa.de (Veranstaltungen) zum Abruf. *Quelle: Mitteilung der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg vom 15.5.2017*

Mediathek für Unterrichtsmaterialien. Für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit stellt die Vielfalt-Mediathek in Düsseldorf unter der Anschrift www.vielfalt-mediathek.de ein breites Spektrum an kostenfreien Unterrichtsmaterialien zur Verfügung. Angefordert werden können Print- und audiovisuelle Medien zu Themen wie unter anderem Rechtsextremismus, Rassismus, religiösem Fundamentalismus, interkulturellem Lernen, Demokratiepädagogik und Diversität. Die didaktischen Hilfsmittel sind überwiegend im Kontext des beim Familienministerium angesiedelten Bundesprogramms „Demokratie leben!“ oder der entsprechenden Vorgängerprogramme entstanden. *Quelle: Mitteilung der Vielfalt-Mediathek vom 4.4.2017*

1.-2.8.2017 Köln. Summer School „Qualitative Forschung“. Information: Dr. Anja Schierbaum, Universität zu Köln, Humanwissenschaftliche Fakultät, Institut für Bildungsphilosophie, Anthropologie und Pädagogik der Lebensspanne, Innere Kanalstraße 15, 50823 Köln, E-Mail: aschierb@uni-koeln.de

25.8.2017 Frankfurt am Main. Seminar Sozialrecht: Überblick über das gesamte Sozialrecht – Grundlagen-seminar für Einsteiger. Information: WALHALLA Fachverlag, Haus an der Eisernen Brücke, 93042 Regensburg, Tel.: 09 41/56 84-120, E-Mail: Seminare@WALHALLA.de

25.-27.8.2017 Olsztyn/Polen. TiSSA Conference 2017: Social Work as a Space for Dialogue, Cooperation and Diversity. Information: Prof. Dr. Ewa Kantowicz, University of Warmia and Mazury in Olsztyn, ul. Michała Czapowskiego 2, 10-719 Olsztyn, Tel.: 00 48/895 24 62 93, E-Mail: ewakan@uwm.edu.pl

31.8.-1.9.2017 Zürich. Tagung: Zukunft der Supervision: Reflexionen, Visionen, Entwürfe. Information: institut für systemische impulse, Hornbachstrasse 50, 8008 Zürich, Tel.: 00 41/443 89 84 30, E-Mail: info@systemische-impulse.ch

4.-6.9.2017 Hamburg. BGW forum 2017. Fachkongress „Gesundheitsschutz in der Behindertenhilfe“. Information: Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW), Pappelallee 33/35/37, 22089 Hamburg, Tel.: 040/20 20 70, E-Mail: bgwforum@bgw-online.de

13.-15.9.2017 Dortmund. Bundestagung: Partizipative HilfeKulturen gestalten und fördern – Eine Werkstatt-Tagung. Information: Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen – IGfH e.V., Frau Katharina Greff, Galvanistraße 30, 60486 Frankfurt am Main, Tel.: 069/ 63 39 86 18, E-Mail: katharina.greff@igfh.de

14.-15.9.2017 Hall/Österreich. Fachkongress: IT im Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich – Wie viel Technik braucht die Pflege? Information: hpsmedia GmbH, Raun 21, 63667 Nidda, Tel.: 064 02/70 82-660, E-Mail: service@hpsmedia.info

14.-17.9.2017 Berlin. Deutscher Jugendgerichtstag: Herein-, Heraus-, Heran- – Junge Menschen wachsen lassen. Information: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V., Lützerodestraße 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36-42, E-Mail: info@dvjj.de